



Tagungsbericht

DER ISLAMISTISCHE TERRORISMUS Hintergründe und Präventionsansätze

Markus Ell

Tagung
der Hanns-Seidel-Stiftung
am 23./24. Juli 2015
im Bildungszentrum Wildbad Kreuth

Datei eingestellt am 11.08.2015 unter

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).

In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Der Islamische Staat (IS) stellt mit seinen ausgreifenden Zielen die wohl gefährlichste terroristische Struktur weltweit dar. War bis vor kurzem noch Al Qaida international die meist gefürchtetste Terrororganisation, ist es heute der Islamische Staat. Die beeindruckende und erschreckende Weise, wie der IS seine Terrororganisation führt und sich im Grenzgebiet zwischen Syrien und Irak etablieren konnte, zeugt von militärischer Professionalität. Durch den Zulauf von jungen muslimischen Europäern erschließt sich ihm dabei ein besonders bedrohliches Potential an Tätern. Hierbei ist erstaunlich, wie der IS moderne Medien wie z.B. Twitter und Youtube einsetzt, um neue Rekruten zu werben. Der Islamische Staat stellt somit die internationale Gemeinschaft, deren Zusammenhalt in der Außen- und Sicherheitspolitik gefordert wäre, vor ein neues sicherheitspolitisches Problem. Dem Islamischen Staat ist es gelungen, sich innerhalb kurzer Zeit und scheinbar nahezu unbemerkt von der politischen Gemeinschaft und deren Geheimdiensten militärisch aufzurüsten und ein Kalifat auszurufen. Somit hat der Islamische Staat es geschafft, neben den Krisen in Afghanistan, Irak und Syrien zu einer essentiellen Herausforderung für die Sicherheitsarchitektur im Mittleren Osten, der Golfregion und der westlichen Welt zu werden.

Welche Hintergründe und Motive der Islamische Staat verfolgt und welche Maßnahmen gegenüber der Terrororganisation und potentiellen europäischen Dschihadisten unternommen werden können, war das zentrale Thema der Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) und des Gesprächskreises Nachrichtendienste in Deutschland e.V. (GKND) am 23./24. Juli 2015 in Wildbad Kreuth. Das erste Panel befasste sich mit der Nachkriegspolitik der amerikanischen Regierung nach dem Sturz Saddam Husseins, die als Nährboden des Islamischen Staats diente und somit die Grundlage der Terrororganisation lieferte. Die Auflösung der irakischen Armee und der Baath-Partei, die fehlende militärische Truppenstärke zur Sicherung der Zivilbevölkerung und der Infrastruktur sowie die Frage, ob sich der Islamische Staat in Afghanistan niederlassen werde, standen im Mittelpunkt der Diskussion. Die Finanzierungsstrukturen des Islamischen Staats, der Kampf der US-geführten Koalition gegen den IS und die Medienstrategie der Terrororganisationen standen im Fokus des zweiten Panels. Während des anschließenden Kaminesgesprächs wurde über die Rolle und Verantwortung der Medien gegenüber dem Staat und der Gesellschaft gesprochen, vor allem mit Hinblick auf die Berichterstattung über den Islamischen Staat. Das dritte Panel setzte sich mit der Motivation und den Radikalisierungsprozessen von europäischen Dschihadisten auseinander. Darüber hinaus standen verschiedene Konzepte der Prävention und Re-Integration von europäischen Dschihadisten sowie deren Auswirkung auf die europäische Gesellschaft im Mittelpunkt der Diskussion. Das vierte Panel setzte sich mit den Positionen der Sicherheitsbehörden und deren zentrale Rolle in der Bekämpfung von islamistischen Terrororganisationen auseinander. Die Sichtweise der deutschen Politik wurde von Stephan Mayer, MdB, erläutert.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten **Volker Foertsch** (GKND) und **Andrea Rotter** (HSS) die Teilnehmer/innen der Expertentagung. Beide schätzten das zahlreiche Erscheinen und wiesen auf die Bedeutsamkeit des Themas hin.

Krisen als Nährboden des islamistischen Terrorismus

Vorab des ersten Impulsstatements wies Staatssekretär im Bundeskanzleramt **Klaus-Dieter Fritsche** auf das öffentliche Bewusstsein für die Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden bei der Terrorismusbekämpfung hin. Es sei von essentieller Bedeutung, dass die deutsche Gesellschaft den deutschen Sicherheitsbehörden und deren Kooperationspartnern vertraue, damit diese ihre Arbeit effizient betreiben können.

Das erste Panel, welches von **Dr. Rudolf van Hüllen** moderiert wurde, gingen den Fragen nach, wie und welche Krisen als Nährboden für den islamistischen Terrorismus dienten, gerade mit Hinblick auf die Entstehung der Terrororganisation Islamischer Staat. Zusätzlich wurde diskutiert, ob und in welchem Ausmaß der IS in Afghanistan agieren wird.

Die Referenten, **Dr. Michael Lüders** und **Philipp Münch**, skizzierten die chronischen Ursachen und Hintergründe, die zum Aufstieg des Islamischen Staats geführt haben. Dabei wurden die Versäumnisse der westlichen Staaten und deren Mangel an einer kohärenten Politik dargestellt. Vorab wurde der Ursprung des islamistischen Terrorismus skizziert. In diesem Zusammenhang wurde die Muslimbrüderschaft in Ägypten und der Wahhabismus in Saudi Arabien genannt. Die Panellisten kritisierten die westliche Perspektive, dass die Muslimbrüderschaft die Keimzelle der islamistischen Bewegung darstelle. Diese Auffassung greife allerdings zu kurz, da die Muslimbrüderschaft lernfähiger und kooperationsbereiter als die Anhänger des wahhabistischen Islams sei, den die Experten als tatsächlichen Ursprung des Terrorismus ausmachten. Weiterhin führten die Referenten aus, dass der Siegeszug des IS nicht auf der Religion basiere, sondern auf politischen Fehlern der westlichen Welt im Mittleren Osten.

Zwei Gründe wurden von den Referenten angeführt, weshalb der Islamische Staat sich im Grenzgebiet von Irak und Syrien etablieren konnte. Der erste Grund hierfür war das Versagen der amerikanischen Politik im Irak. Hätten sich die USA gegen einen Sturz des Ex-Diktators Saddam Hussein entschieden, so würde die heutige Terrororganisation Islamischer Staat nicht existieren. Hierbei verwiesen die Referenten



Philipp Münch, Dr. Rudolf van Hüllen, Dr. Michael Lüders

auf das Versagen der amerikanischen Behörden, einen effizienten Nachkriegsplan zu entwerfen. Die fatalen Fehlentscheidungen der *Coalition Provisional Authority* (CPA) unter der Führung von Paul Bremer bezüglich der Auflösung der Baath-Partei und der irakischen Armee sowie die Ignoranz gegenüber der Kultur und der Religion des Landes führten zu massiven Widerstandsbewegungen, die den Grundstein für den Islamischen Staat legten. Der zweite Grund, den die Experten nannten, weshalb die Terrormiliz Islamischer Staat ihre Machtstrukturen ausweiten konnten, war die massive Fehleinschätzung der westlichen Welt über den potentiellen Sturz des syrischen Diktators, Baschar al-Assad. Durch den entstandenen Bürgerkrieg in Syrien gelang es dem Islamischen Staat von Irak aus in Syrien zu agieren und überregionale Ansprüche zu erheben. Zusätzlich fällten die Referenten das Urteil, dass der aktuelle Drohnenkrieg der USA gescheitert sei und die irakischen Militärs versagt hätten für Sicherheit und Stabilität zu sorgen.

Über die Fragen, ob und in welchem Ausmaß der IS in Afghanistan agieren werde, waren sich die Referenten einig, dass dies in naher Zukunft nicht eintreffen werde. Obwohl bereits Flaggen der Terrormiliz Islamischer Staat im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan gesichtet worden seien, stelle die Terrororganisation derzeit keine Bedrohung für die Stabilität Afghanistans dar. So kamen die Referenten zur Schlussfolgerung, dass Al Qaida und die Taliban die Vormachtstellung als Terrororganisation gegenüber dem IS in Afghanistan behalten werde.

Zum Abschluss war sich das Expertenpanel darüber einig, dass eine militärische Intervention zu keiner Lösung des Konflikts betragen würde. Stattdessen könnte dies zu einem unübersichtlichen Konflikt aller Beteiligten führen, der womöglich Jahrzehnte andauern würde. Zusätzlich schlussfolgerten die Experten, dass der Kampf gegen den Islamischen Staat ein langwieriger werde. Um die Terrororganisation zu besiegen, sollten der Iran und Russland als wichtiger Verbündete im Kampf gegen den IS in die Vorgehensweise mit einbezogen werden.

Terroristische Strukturen und ihre Mittel

Das zweite Panel mit den Experten **Michael E.G. Chandler**, **Dr. Reuven Erlich** und **Prof. Dr. Robert Imre** wurde von **Prof. Dr. Andreas Bock** moderiert. Schwerpunkte des Panels waren die entstanden Strukturen des Islamischen Staates, dessen Finanzierung und Medienstrategie. Die Runde widmete sich zuerst den Strukturen der Terrororganisation und anschließend den internationalen Maßnahmen gegen den Islamischen Staat. Es wurde betont, dass der globale Dschihadismus sich in den letzten Jahren extrem gewandelt habe. Dem Islamischen Staat sei es gelungen, Al Qaida als gefährlichste Terrororganisation der Welt abzulösen, indem er sich in Gebieten von *failed states* wie Irak, Syrien, Libyen und Jemen etablierte und vorhandene militärische Mittel in seinen

Besitz brachte. Der Kampf der amerikanisch-geführten Koalition gegen den IS sei daher von essentieller Bedeutung, um in den genannten *failed states* für eine gewisse Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Bisher führte die Koalition bis zu 5.000 Luftangriffe auf Stellungen des IS aus. Die Referenten waren sich darüber einig, dass diese Kampagne bislang maßgeblich ihr Ziel verfehlt habe und weiterhin verfehlen werde, die militärischen Strukturen von IS zu zerbrechen. Stattdessen müsse es eine massivere militärische Offensive geben, die nicht nur gegen die Terrororganisation Islamischer Staat gerichtet sei, sondern auch gegen die Al-Nusra Front, um langfristig erfolgreich sein zu können.

Im zweiten Impulsvortrag wurden die Finanzierungsstrukturen der Terrororganisation aufgezeigt. Kritisch wurde hierbei die mangelnde Bereitschaft der umliegenden Nachbarländer betont, den Ölschmuggel zu unterbinden, da dies eine Hauptquelle für den IS sei. Es sei die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, dies zu verhindern und die ausgezeichneten Finanzierungsmöglichkeiten des IS zu zerstören. Wenn es dem IS weiterhin gelingen würde, einen Absatzmarkt für illegale Ölexporte zu finden und sich auf diese Weise weiterhin zu finanzieren, werde es auf lange Frist schwierig sein, den IS zu besiegen. Auf die Frage, ob dem IS die finanziellen Mittel zeitnah ausgehen würden, verwies der Referent auf die Tatsache, dass es dem IS durch eine militärische Offensive gelungen sei, 450 Mio. US-\$ von der irakischen Nationalbank zu stehlen, und ein Großteil dieses Geldes noch vorhanden sein müsste.



Prof. Dr. Robert Imre

Als ein zu Unrecht überbewertetes Ereignis sah ein Referent des zweiten Panels die mediale Präsenz der Terrororganisation an. Die Öffentlichkeit und die Medien der westlichen Welt würden sich zu leicht von den brutalen Bildern und Videos der Terrororganisation beeindrucken lassen. Betrachte man die einzelnen medialen Nachrichten, so würde man feststellen, dass die Terrormiliz Islamischer Staat keine außergewöhnlichen Methoden anwende, sondern auf vergleichbare Strategien zurückgreife wie andere radikale Vereinigungen zuvor. Die Referenten waren sich darüber einig, dass der Fortschritt neuer Technologien ein wesentlicher Grund für die schnelle Verbreitung von gewaltgefüllten Botschaften des IS bei Jugendlichen sei; dies ließe die Terrororganisation als eine neue Vereinigung erscheinen, die somit potenzielle radikale Kämpfer schneller rekrutieren könne. Es sei daher die Aufgabe der Medien und der Politik über die Nachrichten des IS kritisch zu berichten und diese nicht ungefiltert in den Medien weiterzuverbreiten. Würde die internationale Gemeinschaft der medialen Präsenz des IS geringere öffentliche Aufmerksamkeit widmen, dann würde die Terrororganisation,

zumindest mit Bezug auf die Rekrutierung potentieller westlicher Kämpfer, mit ihren Nachrichten einen geringeren Erfolg aufweisen können.

Um erfolgreich gegen die Finanzierungsstrukturen, die Propaganda des Islamischen Staats und die Ausbreitung dessen vorzugehen, verwiesen die Experten auf Folgendes: Wenn man die Terrororganisation militärisch besiegen wolle, würde es nicht ausreichen vereinzelte Luftangriffe zu fliegen, sondern man müsse vor Ort Präsenz zeigen. Die jetzige Strategie der vereinzelt Drohnenangriffe würde den Islamischen Staat nur auf das bereits eroberte Gebiet eindämmen und ihn daran hindern, sich weiter auszubreiten. Einig waren sich die Experten auch über die Tatsache, dass eine rein militärische Lösung ein Machtvakuum kreieren und das Problem nur von einer „Konfliktpartei“, in diesem Fall der IS, auf andere neuentstandene Splittergruppen des islamistischen Terrorismus verlagern würde. In Bezug auf die Finanzierungsstrukturen des IS müsse die internationale Gemeinschaft zusammenarbeiten, um illegale Ölexporte und Zahlungen einzelner Personen an den IS zu unterbinden. Um die mediale Präsenz der Terrorvereinigung einzuschränken oder sogar zu verhindern, empfahlen die Experten eine strengere Kontrolle dieser Nachrichten durch die Sicherheitsbehörden sowie mehr Verantwortungsbewusstsein der Medien, in welchen Rahmen und Ausmaß sie über Botschaften berichten.

Die Rolle und Verantwortung der Medien in der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus

Während des Kaminesgesprächs zwischen **Hans Leyendecker**, Süddeutsche Zeitung, und **Prof. Dr. Hansjörg Geiger** wurde über die Rolle und Verantwortung der Medien in der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus und den Sicherheitsbehörden gesprochen. Die Aufgabe eines jeden Journalisten sei es nicht nur Schlagzeilen zu produzieren, sondern als Journalist trage man eine zusätzliche Pflicht gegenüber der Gesellschaft, Politik und allen Beteiligten. Daher sei es die Aufgabe der Medien, die Öffentlichkeit über die Terrororganisation IS kritisch zu informieren, um potentielle radikale Kämpfer, die sich dem IS anschließen möchten, durch Aufklärungsarbeit davon abzuhalten. Leyendecker stellte dar, dass sich die sozialen Netzwerke unausweichlich auf die Gesellschaft auswirken würden. Dabei machte er deutlich, dass nicht die sozialen Netzwerke an sich das Problem seien, sondern das alltägliche *Online-Sein* und die damit verbundene ungefilterte Konfrontation mit diesen Inhalten. Zusätzlich wies Leyendecker darauf hin, dass es die Aufgabe eines jeden sei, Botschaften und Videos des Islamischen Staats nicht in sozialen Netzwerken zu teilen und zu verbreiten, um somit die Gesellschaft vor potentiellen Tätern zu schützen. In Bezug auf die Sicherheitsbehörden wurde auf das *Geheimdienst-bashing* der Medien hingewiesen, d.h. eine überaus kritische Berichterstattung und die damit verbundene Problematik, dass die Geheimdienste

letztendlich in der Ausführung ihrer Arbeit extrem eingeschränkt und langfristig handlungsunfähig würden.

Motivation europäischer Dschihadisten – Konzepte und Erfahrungen der Prävention und Re-Integration

Im von **Dietrich Löpke** moderierten dritten Panel, an dem **PD Dr. Alexander Straßner**, **Dr. Stefan Malthaner** und **Ahmad Mansour** teilnahmen, wurde der Frage nachgegangen, welche Motivation potentielle europäische Dschihadisten antreibe und welche



Ahmad Mansour, Dietrich Löpke, PD Dr. Alexander Straßner, Dr. Stefan Malthaner

Maßnahmen für eine Prävention und möglichen Re-Integration getroffen werden könnten. In seinen einleitenden Worten verwies Löpke auf die Verantwortung Deutschlands im Sinne von Präventionsmaßnahmen, um eine Radikalisierung und Rekrutierung zu verhindern. Deutschland müsse dafür sorgen, dass es keinen Terrorismus in die Welt expandiere.

Gleich zu Beginn des ersten Impulsstatements wurde verdeutlicht, dass der islamistische Terrorismus und die von ihm ausgehende Gefahr von rückkehrenden europäischen Dschihadisten aus dem Jihad kein rein europäisches, sondern ein globales Problem seien. Der Referent nannte verschiedene soziologische Erklärungsansätze, die die Motivation eines potentiellen Täters erklären könnten. Die Motivation zum Anschluss an eine terroristische Vereinigung sei meist auf der individuellen Ebene, der Gruppenebene oder der Systemebene zu finden. Terrorismus sei hierbei Ausdruck eines „kollektiven Minderwertigkeitskomplexes“. Bezüglich der Rekrutierungsmaßnahmen durch *social networks* wies der Redner daraufhin, dass es sich hierbei meist um Individuen handle, die eine Möglichkeit suchten, aktiv gegen einen Feind, im Falle vom IS die westliche Welt und deren Kulturen und Religionen, vorzugehen. In seinen abschließenden Worten verwies der Experte auf verschiedene Maßnahmen, wie der Staat und die Gesellschaft die Rekrutierung von potentiellen Kämpfern unterbinden und somit präventiv oder re-integrativ handeln könnten. Es sei von essentieller Bedeutung, dass die Präventionsmaßnahmen sowie Re-Integrationsmaßnahmen von der Gesellschaft betrieben würden, denn staatliche Instrumente dürften hier nur bedingt wirken.

Zusätzlich diskutierten die Experten über verschiedene Maßnahmen, um potentielle europäische Dschihadisten daran zu hindern, sich dem Islamischen Staat oder anderen Terrororganisationen anzuschließen. Die Panellisten analysierten hierbei verschiedene

Aspekte, wie z.B. das soziale Umfeld, die Online-Kontakte sowie radikale Gruppen, bei denen der Staat und die Gesellschaft aktiv agieren müssten, um eine Radikalisierung zu verhindern. Anschließend erläuterten die Experten den Aspekt, dass Beziehungen zugleich Schutz und Risikofaktor für potentielle Dschihadisten sein könnten. Hierbei wurden verschiedene Beispiele genannt, wie z.B. der Rückhalt in der eigenen Familie sowie Brüche enger sozialer Kontakte. Somit würden einerseits innerfamiliäre Konflikte und schwache soziale Bindungen zu einer Phase der Instabilität führen und eine Radikalisierung unterschwellig fördern, andererseits würden starke soziale Bindungen und ein familiärer Frieden das Gegenteil bewirken.

Zum Abschluss des Expertenpanels wurde auf die Präventionsarbeit des Staates gegenüber potentiellen Dschihadisten Bezug genommen. Die Referenten verdeutlichten den Aspekt, dass jede Person als Einzelfall betrachtet werden müsse, um diese vor einer eventuellen Radikalisierung zu bewahren. Zusätzlich wurde über die Rolle der Imame als Teil der Lösung und Ursprungs des Problems sowie über die Sinnhaftigkeit eines Islamunterrichts an Schulen debattiert. Ein Islamunterricht sei daher nur sinnvoll, wenn dieser von den richtigen Bezugspersonen gelehrt werde und ein offenes Weltbild vermitteln würde. Bezüglich der Rückkehrer waren sich die Panellisten einig, dass dies bis zum jetzigen Zeitpunkt nur eine bedingte Gefahr für die Sicherheit Europas darstelle, allerdings könne diese zunehmen, wenn Präventions- und Re-Integrationsmaßnahmen nicht adäquat umgesetzt würden. Hier müsse man im Einzelfall zwischen harter Strafverfolgung einerseits und Resozialisierungsarbeit andererseits abwägen. In jedem Fall müsse sichergestellt werden, dass diese Personen nicht rückfällig würden.

Positionen der Sicherheitsbehörden und der Politik

Die abschließende Podiumsdiskussion unter der Leitung von **Volker Foertsch** beschäftigte sich unter Einbeziehung der bisherigen Konferenzergebnisse mit den Positionen der Sicherheitsbehörden und der deutschen Politik. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer hinsichtlich der Tatsache, dass die gemeinsame innerdeutsche sowie internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden essentiell sei, um erfolgreich gegen den Terrorismus und andere Sicherheitsbedrohungen agieren zu können.

Stephan Mayer, MdB und innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, analysierte die politische Dimension im Kampf gegen den Terrorismus. Seiner Ansicht nach ginge von den Rückkehrern eine akute Gefahr für die innere und äußere Sicherheit aus, weshalb die deutsche Politik auch bereit sei, mehr in den Bereichen Prävention und Re-Integration zu unternehmen. Daher sei es von fundamentaler Bedeutung in enger Kooperation mit den Sicherheitsbehörden die Vielzahl der unterschiedlichen Bedrohungslagen zu erkennen und zu bekämpfen.

Die übrigen Panelteilnehmer/-innen – allesamt Vertreter von Sicherheitsbehörden – stellten fest, dass die moderne Nutzung von sozialen Netzwerken eine neue Dynamik entwickelt habe, die gezielt die junge Gesellschaft anspreche. Diese gelte es zu bekämpfen, um einen sogenannten *Jihadi-lifestyle* bei jungen Menschen zu unterbinden. Ein Hauptaugenmerk der Arbeit der europäischen Sicherheitsbehörden sei es, die Ausreise von angehenden Dschihadisten zu verhindern. Hierbei seien die Sicherheitsbehörden erfolgreich, die potentielle Gefahr einzudämmen, wobei eine hundertprozentige Überwachung jedoch unmöglich sei. Gesetzgeberische Maßnahmen wie das Entziehen des Personalausweises sowie Vereinsverbote seien eine wichtige präventive Maßnahme. Zudem erläuterten die Referenten und Referentinnen, wie wichtig die gemeinsame Zusammenarbeit auf europäischer und transatlantischer Ebene sei und dass diese weiter ausgebaut werden müsse, um die Sicherheit in Europa gewährleisten zu können. Zusätzlich analysierten die Experten, dass mit der Entstehung des IS neue Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft entstanden seien. Hierbei wurden der Zerfall von staatlichen Strukturen, die immer näher an die Außengrenzen Europas rücken sowie das Problem von *foreign-fighters* genannt.

Auch im letzten Panel war man sich darüber einig, dass eine alleinige militärische Bekämpfung des IS das Problem nicht lösen, sondern nur verlagern würde. Denn sollte der IS auf diese Weise besiegt werden, so würde dies wahrscheinlich einen Nährboden für weitere radikale Terrorgruppen schaffen und zur Instabilität der Region beitragen.